P r o t o k o l l

der 19. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Wohnungswesen
der Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf von Berlin
am 10.11.2004

Beginn: 16:30 Uhr Ende: 17:40 Uhr

Anwesende: siehe Anwesenheitsliste

Vor Eintritt in die Tagesordnung kommt der Ausschuss überein, diese in der Reihenfolge TOP 2.4, 2,5, 2.1,2.2, 2.3, 3 und 4 zu behandeln

TOP 1 Bürgerfrage-Viertelstunde

Dieser TOP wird mit TOP 2.3 kombiniert.

TOP 2 Anträge

Es liegen keine Anträge vor

TOP 2.4 Mieterschutz für die Hüttenwegsiedlung
Drucksache: 1312 / II (neu) CDU-Fraktion

BV Rolle begründet den Antrag und teilt mit, dass den Mietern ein Vorkaufsrecht gewährt werden sollte, dass es zu keinem Zugzwang kommt und die Möglichkeit einer Prüfung des Angebotes eingeräumt wird. Die Wohnungen sollen bezahlbar bleiben.

BzStR Laschinsky sagt hierzu, dass Land kann durch Rechtsverordnung eine weitere Kündigungszeit bestimmen, die maximal 10 Jahre betragen darf. Der Senat hat inzwischen eine Rechtsverordnung erlassen, die in bestimmten Bezirken diesen erweiterten Kündigungsschutz auf 7 Jahre festlegt, zu denen der Bezirk Steglitz-Zehlendorf aber nicht gehört.

Auf Anfrage von Frau BV Grimpe-Christen hinsichtlich der Mietkosten teilt Dez mit, dass dem BA keine Möglichkeit der Einsichtnahme zur Verfügung steht, weil die Wohnungen nicht im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau errichtet worden sind.

BV Karnetzki antwortet hierzu, dass es nicht um die Rechtsverordnungen geht; hier geht es darum, im Vertrag des Bundes mit dem Erwerber dieser Siedlung eine für die Mieter bessere Regelung herbeizuführen.

Nach einer kurzen Aussprache zwischen den Fraktionen und der Berichterstattung durch BzStR Laschinsky stellt der Vorsitzende den Antrag zur Abstimmung.

Der Antrag wird mit 11 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung angenommen.

TOP 2.5 Mieterschutz in Steglitz-Zehlendorf
Drucksache: 1328 / II (neu) SPD-Fraktion

Ohne weitere Aussprache wird der Antrag mit 11 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung angenommen.

TOP 2.1 Unterstützung Arbeitsgemeinschaft Schloßstraße
Drucksache 1120 / II GRÜNE-Fraktion

Die GRÜNE-Fraktion stellt den Antrag erneut zurück.

TOP 2.2 EU-Fördermittel
Drucksache 1259 / II GRÜNE-Fraktion

BzStR Laschinsky berichtet, dass er in der September-Sitzung bereits darauf hingewiesen hat, dass es diverse Leitfäden gibt, so z.B. im Internet, in der Senatswirtschaftsverwaltung, wie auch bei der Investitionsbank und als lesbares Exemplar in der Wirtschaftsförderung des Bezirksamtes. Das alles hilft nur wenig, um EU-Fördermittel erfolgreich zu beantragen, da der Bezirk hinsichtlich des Europäischen Fonds Regionale Entwicklung im Ziel-3-Gebiet liegt, („Arbeitsmarktstützung“ und nicht „Wirtschaft und Gewerbeförderung“), das nicht gefördert wird.

Die GRÜNE-Fraktion zieht den Antrag zurück.

TOP 2.3 Mietenexplosion in der ehemaligen Alliiertensiedlung Düppel
Drucksache: 1346 / II GRÜNE-Fraktion

Herr Theißen, Mieter in der Wohnanlage der ehemaligen Alliiertensiedlung, wird vorstellig zum TOP 1 und 2.3. Er beklagt, dass die Mieter mit großer Bestürzung zur Kenntnis nehmen mussten, dass eine Mieterhöhungserklärung in Höhe von 20 % vorliegt und ab 01.12.2004 in Kraft tritt. Zurzeit gibt es dort einen Leerstand von 57 Wohnungen (eigene Erhebung). Es besteht eine gute und soziale Bindung mit den Mietern.
Herr Theißen schätzt ein, dass ein Teil der Mieter ausziehen werden, weil sie diese Mieter nicht bezahlen wollen oder können.. Im Namen aller Mieter bittet Herr Theißen den Ausschuss um Unterstützung, diese enorme Erhöhung abzuwenden.

BV Karnetzki sagt hierzu, dass diese Mieterhöhung gesetzlich erlaubt ist. Mieterhöhungen machen aber nur dann Sinn, wenn sie der Marktlage entsprechen. Dies sei hier kaum gegeben.

BV Rolle bringt für die CDU-Fraktion folgenden Änderungsantrag ein:

Im Betreff des Antrages wird das Wort „*Düppel*“ gestrichen und im Beschlusstext ergänzt: ..., *dass sie dem Wohnungsmarkt entsprechen, somit nicht zu Wohnungsleerstand führen und folglich nicht unwirtschaftlich sind, sowie die Mieterinnen und Mieter nicht gezwungen werden, einen Wohnungswechsel vorzunehmen.*

Der Antrag wird in der geänderten Form einstimmig angenommen.

TOP 3 Bericht aus dem Bezirksamt

BzStR Laschinsky berichtet

a) aus dem Bereich Wohnen über

- seine Absicht, die Wohnungsaufsicht einschließlich der damit befaßten 4 Stellen als Ordnungsaufgabe dem bezirklichen Ordnungsamt zuzuordnen;
- die Verlängerung des Verzichts auf Belegungsbindung für im 1. Förderweg öffentlich geförderte Sozialbauwohnungen, für die ab 2003 nach Ablauf der Grundförderung keine Anschlußförderung gewährt wird, bis zum 30.06.2005;
- eine Entscheidung des OVG Berlin, mit der die Zulässigkeit der Zweckentfremdungsabgabe verneint wird und die seit dem 01.09.2000 gezahlten Beträge erstattet werden müssen; im Bezirk sind dies rd. 70 Fälle mit einem Gesamtbetrag von rd. 280.000 €;
- die Auskunft des BVG-Vorstands zu den in der Mündlichen Anfrage Nr. 1345/II nachgefragten Wohnungen am Betriebshof Winfriedstraße, nach der diese Wohnungen nicht zum Bestand der BVG-eigenen Wohnungsgesellschaft gehören.

b) aus dem Bereich „Wirtschaft“ über

- die von der Senatswirtschaftsverwaltung vorgelegte Zahlen zur Förderung von Vorhaben in der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GA)“, nach denen in der Förderperiode 2000 bis 2004 im Bezirk 80 Vorhaben mit zusammen 15,6 Mio. € über die Investitionsbank Berlin gefördert werden;
- ein seit 2003 laufendes Projekt der Fachhochschule für Wirtschaft und Technik „Bezirkliche Online-Wirtschaftsportale“, dessen öffentlicher Start für den Jahresbeginn 2005 vorgesehen ist, und dem sich bisher nicht damit befaßte Bezirk, u.a. auch Steglitz-Zehlendorf, vorbehaltlich einer gesicherten Finanzierung anschließen wollen;
- den am 30.11.2004 unter dem Thema „Die wirtschaftliche Entwicklung in Steglitz-Zehlendorf – Chancen durch Kontinuität und Marktanpassung stattfindenden „Wirtschaftsdialog vor Ort“ der Senatswirtschaftsverwaltung, dem mehrere Betriebsbesuche durch den Wirtschaftssenator bzw. der Staatssekretäre unter Begleitung des Bezirksbürgermeisters bzw. des Wirtschaftsstadtrates vorangehen.

TOP 4 Verschiedenes

Fragen von BV Adam zum Sachstand *Stadtbad Clayallee, Primus-Palast* und *Heimatverein* (Kündigung der Dachräume) werden von BzStR Laschinsky aus wirtschaftlicher Sicht beantwortet.

Die nächste Ausschuss -Sitzung findet turnusmäßig statt.

Vorsitzender: BV Müller
Schriftführer: BV Kühnast
Protokoll: Frau Reyer